

ANTRAG

Gremium: VuV

Beschlussdatum: 12.12.2017

A6: Gutes Leben für Alle

1 **Antrag 6 zur KSJ-Bundeskonferenz 2017**

2 Gutes Leben für alle

3 **AntragstellerInnen:** VuV

4 **Antragstext:**

5 Weltweit waren Ende 2016 65,6 Millionen Menschen auf der Flucht.[\[1\]](#) Die Gründe
6 dafür sind vielfältig und global miteinander vernetzt. Daher muss sich jede
7 Gesellschaft damit auseinandersetzen, wie sie mit Personen umgeht, die
8 geflüchtet sind oder noch flüchten werden und welche Konsequenzen für ihr
9 Handeln sie daraus zieht.

10 Vision

11 Ziel aller Anstrengungen muss sein, dass jeder Mensch mit allem, was ein *Gutes*
12 *Leben* ausmacht, überall auf der Welt leben kann. Wenn an einem Ort ein gutes
13 Leben nicht (mehr) möglich ist, muss jede Person das Recht haben, sich einen
14 neuen Ort zum Leben zu suchen, wie es auch durch das UN-Recht auf globale
15 Bewegungsfreiheit besagt. Wir wissen, dass diese anspruchsvolle Vision nicht
16 schnell und einfach erreicht sein wird. Gleichzeitig nehmen wir zur Kenntnis,
17 dass es bis zum Erreichen dieses Ziels Fluchtbewegungen geben wird. Wie wir mit
18 diesen Bewegungen umgehen sollen und welches die nächsten Schritte in Politik
19 und Gesellschaft sind, die zu unserer Vision führen, erläutern wir in den
20 folgenden Abschnitten.

21 Politik

22 **Aktuelle Fluchtursachen**

23 Menschen verlassen ihre Heimat aus unterschiedlichsten Gründen. Manchmal aus
24 Flucht vor etwas und manchmal aus Sehnsucht nach etwas. Das passiert nicht nur
25 Grenzübergreifend, sondern auch innerhalb von Ländern.

26 Für viele Menschen sind derzeitige Fluchtursachen unter anderem (Bürger)Krieg,
27 politische Verfolgung, Verfolgung von Minderheiten, Staatszerfall, Armut und
28 Naturkatastrophen. Letztgenannte Ursache wird in Folge des menschengemachten
29 Klimawandel immer häufiger werden und in immer größerem Maße Menschen dazu
30 zwingen, ihre Heimat dauerhaft zu verlassen. Neben diesen Gründen steht die
31 generelle ungerechte Verteilung von Arbeit und Wohlstand. Deswegen bewegen sich
32 Menschen dorthin, wo Wohlstand vorhanden ist, um an diesem teilzuhaben.

33 Verändern

34 Folgende größere politische Maßnahmen, um allen ein gutes Leben zu ermöglichen,
35 sind:

- 36 • (Bürger)Kriege durch das Stoppen von Waffenexporten [\[2\]](#) und den Einsatz
37 ernsthafter Diplomatie, bei der das Leben eines jeden Menschen oberste
38 Priorität besitzt, beenden.
- 39 • Alle politischen und wirtschaftlichen Regelungen (innen- und
40 außenpolitisch) müssen auf die Auswirkungen auf alle Menschen hin
41 überprüft werden
- 42 • Die Zivilbevölkerung in bedürftigen Ländern muss gestärkt werden. Dies
43 kann zum Beispiel durch Bildungskampagnen, aber auch durch praktische
44 Hilfe, wie Mikrokredite, geschehen. Wichtig ist dabei, dass auf die
45 individuelle Bedürfnisse, Nöte und Wünsche eingegangen wird.
- 46 • Der Klimawandel muss von allen Staaten der Welt ernsthaft bekämpft werden.
47 Dazu muss in neue Innovationen investiert und der Ausstoß von Treibhausgas
48 massiv gesenkt werden, damit eine lebenswerte Umwelt für alle erhalten
49 bleibt.

50 **Europäische Ebene**

51 Die Grundlage der EU-Politik ist das Dublin- Abkommen. Darin ist festgelegt,

52 dass Geflüchtete in dem Land Asyl beantragen müssen, in dem sie die EU zuerst
53 betreten haben. Wer dann vor Abschluss des Verfahrens ein anderes Land betritt,
54 kann wieder ins erste Ankunftsland zurückgeschickt werden.

55 Dieses Verfahren ist schon seit Langem umstritten, da somit die Länder an den
56 EU-Außengrenzen wie Italien, Spanien oder Ungarn fast alle Asylverfahren
57 bearbeiten müssen. Diese sind zunehmend überfordert, weshalb eine
58 menschenwürdige Unterbringung nicht gewährleistet ist. So dürfen seit 2011 nach
59 einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte wegen der dortigen
60 Unterbringungsbedingungen keine Asylbewerber mehr nach Griechenland
61 zurückgeschickt werden.[\[3\]](#)

62 Nach dem großen Anstieg der Zahlen von Asylsuchenden 2015 war das Dublin- System
63 zeitweise völlig überfordert.[\[4\]](#) Bestrebungen, Geflüchtete über Quoten auf
64 verschiedene EU-Staaten zu verteilen, sind bis heute gescheitert.[\[5\]](#)
65 Das aktuelle Ziel der EU-Asylpolitik ist es, die Anzahl der Geflüchteten, die
66 Europa erreichen wollen, zu verringern. Das bekannteste Beispiel dafür ist das
67 EU-Türkei- Abkommen: Die Türkei verhindert die Weiterreise der Geflüchteten und
68 nimmt abgeschobene Personen auf. Im Gegenzug dürfen syrische Kriegsflüchtlinge
69 in die EU einreisen, welche zusätzlich Flüchtlingsprojekte finanziell sichert.
70 Außerdem werden der Türkei politische Anreize geboten.[\[6\]](#)

71 Nachdem sich das Abkommen als Erfolg für die EU erwiesen hat, da die
72 Flüchtlingszahlen über diese Route deutlich gesunken sind, wird jetzt mit
73 weiteren Staaten verhandelt, etwa mit dem Niger oder dem Tschad. Diese sollen
74 ihre Grenzen zukünftig mit Unterstützung der EU besser überwachen und
75 Geflüchtete in Auffanglager bringen, in denen dann über ihren Asylantrag
76 entschieden werden soll. Parallel dazu wird die libysche Küstenwache mit
77 modernen Booten ausgestattet, um die "Schleuserkriminalität" zu bekämpfen.[\[7\]](#)

78 Verändern

79 Neben der Abschottung der "Festung Europa" nach außen besteht ein wesentliches
80 Problem des aktuellen europäischen Asylsystems besteht in der mangelnden
81 Solidarität der Mitgliedsstaaten untereinander[\[8\]](#). Wir fordern deshalb:

- 82 • Es braucht eine faire und angemessene Beteiligung aller EU-Staaten an der
83 Verteilung von Flüchtlingen. Das Dublin-System ist nicht tragbar.

- 84 • Die EU darf nicht mit Diktaturen und autoritären Staaten zusammenarbeiten,
85 um Menschen auf der Flucht zu stoppen und möglichst weit vor den eigenen
86 Grenzen abzufangen. Stattdessen müssen legale Möglichkeiten geschaffen

87 werden, Asylanträge zu stellen und in die EU einzureisen, ohne dabei das
88 eigene Leben zu riskieren.

- 89 • Asyl darf sich nicht nur an politisch Verfolgte oder Kriegsflüchtlinge
90 richten. An Entwicklungen wie existentieller Armut und dem Klimawandel
91 tragen europäische Gesellschaften eine erhebliche Mitschuld, etwa durch
92 Raubbau oder Vertreibungen. Den Opfern dieses Wirtschaftssystems gegenüber
93 haben wir eine Verantwortung, der sie nachkommen müssen.

94 **Asylgesetz**

95 Das Recht auf Asyl hat in Deutschland laut Grundgesetz jede Person, die
96 politisch verfolgt wird (Art.16a GG). Zusätzlich gewährt die Genfer
97 Flüchtlingskonvention allen Personen Schutz, welche aufgrund ihrer Religion,
98 Nationalität, politischer Überzeugung und/oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten
99 sozialen oder ethnischen Gruppe verfolgt werden. Menschen, die zum Beispiel vor
100 Armut, Perspektivlosigkeit, Naturkatastrophen oder Krieg fliehen, haben kein
101 Anrecht auf Asyl, sie können lediglich subsidiären Schutz beantragen. Ausnahmen
102 dazu kann eine Regierung beschließen, was beispielsweise im Fall Syrien passiert
103 ist.

104 Der Umgang mit Personen, die in Deutschland einen Asylantrag stellen, ist in
105 gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren geregelt. Diese Verfahren wurden in den
106 letzten Jahren geändert; hierbei wurden die Rechte der Asylsuchenden
107 eingeschränkt und die Verfahren verschärft.[\[9\]](#)

108 Verändern

109 Uns ist es wichtig, geflüchteten Menschen Chancen zu geben und Perspektiven zu
110 eröffnen. Das funktioniert aber nur, wenn diese Menschen grundsätzlich
111 willkommen sind. Um dies zu erreichen, bedarf es auch gesetzlicher Änderungen.

- 112 • Die Praxis der Abschiebehaft soll abgeschafft werden. Das derzeit zum
113 Einsatz kommende „Abschiebungsgesetz“ soll in ein Einwanderungsgesetz
114 umgewandelt werden.
- 115 • Der Familiennachzug soll auch für Menschen mit subsidiärem Schutz möglich
116 sein.
- 117 • Geflüchtete Menschen sollen in Deutschland eine Arbeitserlaubnis erhalten.

- 118 • Jegliche Entscheidungen, die Geflüchtete betreffen, sollen zusammen mit
119 diesen und Vertreter*innen aus der Zivilgesellschaft getroffen werden.

- 120 • Initiativen von Geflüchteten, sich selber zu organisieren, sollen
121 unterstützt werden.

122 Gesellschaft

123 Verschieden Studien zeigen, dass nationalistische, völkische, rechte und
124 rechtsextreme Potenziale innerhalb der Gesellschaft keine neue Entwicklung sind
125 (siehe beispielsweise Studie zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in den
126 Jahren 2002-2012). Insbesondere in den letzten Jahren wurden diese Potenziale
127 von neurechten Gruppen kanalisiert, die durch polemische und populistische
128 Äußerungen auffallen. Diese Rhetorik des vermeintlichen Aufgreifens der „Sorgen
129 des kleinen Mannes“ nutzt Ängste von Menschen, um daraus politisches Kapital für
130 die Durchsetzung menschenfeindlicher Politik zu schlagen.

131 Die Grenzen des Sagbaren werden durch diese Gruppen durch die Überschreitung von
132 roten Linien schrittweise nach rechts verschoben, was menschenfeindliche
133 Äußerungen und Handlungen legitimiert und anfacht. Dies manifestiert sich in
134 Deutschland einerseits im Einzug von nationalkonservativen, rechtspopulistischen
135 und rechten Personen in den Bundestag sowie beispielsweise auch an stark
136 gestiegenen Angriffen auf Geflüchtetenunterkünfte [\[10\]](#).

137
138 Vermehrte Äußerung rechten Gedankenguts auch im öffentlichen Kontext sind eine
139 Gefahr für eine liberale und offene Gesellschaft, wie sie im Grundgesetz
140 verankert ist. Die Mehrheitsgesellschaft ist auch deshalb verpflichtet, der
141 (neuen) Rechten entschlossen entgegenzutreten und die Ursachen nicht nur
142 oberflächlich, sondern gesamtgesellschaftlich zu thematisieren.

143 Der “neuen Rechten” gegenüber steht eine Zivilgesellschaft, deren große
144 Potentiale sich 2015 erneut offenbart haben: Die Öffnung der deutschen Grenzen
145 war u.a. einer Reaktion auf den Druck eines großen Teils der Bevölkerung. [\[11\]](#)
146 Zehntausende Menschen engagieren sich ehrenamtlich auf ganz unterschiedlichen
147 Wegen für Geflüchtete und lassen sich dabei auch nach Jahren nicht entmutigen.
148 [\[12\]](#) In ganz Deutschland waren 2016 etwa 31 Millionen Menschen in
149 verschiedensten Bereichen ehrenamtlich aktiv. [\[13\]](#)

150 Verändern

151 Für Ehrenamt und Zivilgesellschaft fordern wir:

- 152 • Ehrenamtlicher Einsatz für die Gesellschaft muss von der Politik unter
153 allen Umständen gefördert werden. Solches Engagement ist für eine
154 Gemeinschaft unverzichtbar und sollte gleichberechtigt neben der
155 Erwerbsarbeit stehen. Hierzu ist auch eine generell Debatte über die
156 Arbeitswelt und deren schneller Veränderung nötig.
- 157 • Menschen, die sich Deutschland als weltoffenes und tolerantes Land
158 wünschen, dürfen in der aktuellen politischen Debatte nicht marginalisiert
159 werden. Bisher ist viel vom "Ernstnehmen besorgter Bürger" und dem
160 "Schließen rechter Flanken" die Rede. Man kann rechte Parteien nicht
161 bekämpfen, indem man selbst rechte Politik macht. Das zeigen die
162 Erfahrungen aus der Schweiz und Österreich. Ähnliches gilt für
163 Diskussionen über "Leitkultur" und "Heimat", zumindest wenn sie zuerst
164 ausschließend verstanden wird.
- 165 • Wir fordern eine Reformierung des Sozialstaats, da eine prekäre Lebenslage
166 Ängste hervorruft und befördert. Politik und Wirtschaft propagieren
167 weiterhin das Wachstumsversprechen der freien Marktwirtschaft. An diesem
168 Wachstum und daraus resultierenden höheren Steuereinnahmen hat aber nur
169 ein geringer Teil der Bevölkerung Anteil. Solange die angemessene
170 Umverteilung von Kapital nicht Realität wird, manifestieren sich
171 berechnete Abstiegsängste, die auf andere Gruppen projiziert werden.
- 172 • Wir fordern eine partizipative und transparente Politik sowie gute Bildung
173 für alle Menschen - dazu muss auch Aufklärung über Menschenfeindlichkeit
174 und reflexive Auseinandersetzung mit Geschichte gehören.

175 Als politischer Jugendverband sehen wir uns als eine Stimme der
176 Zivilgesellschaft. Wir

177 setzen uns auf allen Ebenen für diese politischen Ziele ein und werden diese
178 nach außen hin vertreten. Wir erklären im Sinne der Nächstenliebe unsere
179 Solidarität zu Geflüchteten und setzen uns in unserer Arbeit direkt sowie durch
180 die Anregung von und Beteiligung an politischen Debatte für und mit ihnen für
181 die Erfüllung unserer Vision ein. Eine ernsthafte Debatte über Zukunftsfragen
182 einer Gesamtgesellschaft kann nicht ausschließlich durch Politikerinnen und
183 Politiker geführt werden, sondern bedarf gleichberechtigte Einbeziehung
184 zivilgesellschaftlicher Akteure und der Geflüchteten selber - deshalb fordern
185 wir Politikerinnen und Politiker auf, Forderungen aus der Gesellschaft
186 angemessen zu beachten und nachhaltig in Überlegungen einzubeziehen.

187 **Begründung:**

188 Erfolgt mündlich

189 [\[1\]https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/cdn/trk/lp/v01/](https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/cdn/trk/lp/v01/)

190 [2]

191 http://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/7/7_15_Kinder_wollen_-Frieden_keine_Waffen.pdf

192 [3]<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-so-funktioniert-die-dublin-verordnung-a-1029803.html>

194 [4]<http://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-quote-die-meisten-fluechtlinge-sollen-nach-deutschland-a-1035705.html>

196 [5]<http://www.sueddeutsche.de/politik/abkommen-sprengkraft-eines-plans-1.3676860>

197 [6]<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-02/fluechtlingsabkommen-tuerkei-eu-inhalt>

199 [7]<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-gipfel-in-paris-wie-die-eu-ihr-fluechtlingsproblem-auslagern-will-a-1164996.html>

201 [8]Deutschland hat hier moralisch keinen überragenden Stand, schließlich hat es
202 andere Länder selbst jahrelang nicht unterstützt

203 [9]

204 http://www.focus.de/politik/deutschland/umstrittener-gesetzesentwurf-bundestag-beschliesst-weitere-verschaerfung-bei-asylrecht-und-abschiebungen_id_7152319.html

207 [10]<https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle>

208 [11]<http://www.zeit.de/2015/37/willkommenskultur-deutschland-fluechtlinge-zeitgeist>

210 [12]<http://www.zeit.de/2015/50/fluechtlingen-helfen-umfrage-weiteres-engagement>

211 [13]<https://www.morgenpost.de/wirtschaft/article207429323/31-Millionen-Ehrenamtler-engagieren-sich-in-Deutschland.html>

212

Begründung

Erfolgt mündlich.